

INHALTSVERZEICHNIS

A. EINLEITUNG UND GANG DER UNTERSUCHUNG	15
I. Einleitung.....	15
1. Die sog. „außerbilanzielle“ Korrektur der vGA	17
2. Die Rechtsfolgen des § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG und die „Zweistufigkeit“ 19	
a) § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG als Korrekturtatbestand	20
b) Auswirkungen der Korrektur nach § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG und der „Zweistufigkeit“	21
II. Ziel und Gang der Darstellung.....	22
B. DIE GRUNDLAGEN DER VGA.....	25
I. Das Trennungsprinzip.....	26
II. Begründungsansätze der vGA.....	27
1. Wirtschaftliche Betrachtungsweise	28
2. Fiktionentheorie	28
3. Aufteilungs- oder Realitätstheorie.....	30
4. Heutiger Aussagegehalt der Begründungsansätze.....	30
III. Regelungsinhalt von § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG.....	30
1. Missverständlicher Wortlaut.....	31
a) vGA nur bei Gewinneinkünften?	31
b) „Ausschüttung“	32
c) Zusammenfassung.....	33
2. Gewandelter Zweck des § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG	33
a) Zweck vor der Systemumstellung.....	33
b) Zweck des § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG im Rahmen des Teileinkünfteverfahrens.....	34
(1) Erfassung der Leistungsfähigkeit der Körperschaft.....	34
(2) Gleichstellung der verdeckten mit der offenen Gewinnausschüttung	35
(a) Gewinnausschüttungen als Ergebnisverwendung	36

(b) Verhältnis von § 8 Abs. 3 Satz 1 KStG zu § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG ..	37
3. Zusammenfassung	39
IV. Die Definition der vGA.....	39
1. Die begriffliche Entwicklung der vGA und ihrer Korrektur.....	39
a) Definitorische Entwicklung	40
(1) Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung.....	42
(2) Anlehnung an das Handelsrecht.....	42
(3) Betonung des Fremdvergleichs	44
(4) Vorläufiger Schlusspunkt.....	44
(5) Hinwendung zum Korrespondenzprinzip	46
(6) Entwicklung der Korrekturweise der Rechtsprechung	47
2. Wesensmerkmal: Die gesellschaftsrechtliche Veranlassung.....	48
a) Fremdvergleich betreffend der Feststellung der vGA „dem Grunde nach“	48
(1) Grundlagen	49
(2) Sonderkriterien bei beherrschenden Gesellschaftern.....	52
b) Fremdvergleich betreffend der Feststellung der vGA „der Höhe nach“ ..	54
c) „Vorteilseignung“	55
d) Zusammenfassung.....	56
3. Gegenstand der vGA: betrieblich veranlasste „Vermögensminderung“?57	
a) Veranlassungsprinzip im Einkommensteuerrecht	58
b) Veranlassungsprinzip im Körperschaftsteuerrecht	59
(1) Verhältnis von § 4 Abs. 5 EStG zu § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG	61
(2) Betriebsausgaben und vGA schließen sich aus.....	62
(3) Rückkehr zu ertragsteuerlichen Grundprinzipien	63
c) Konkreter Gegenstand der Wertabgabe: Verminderung des steuerbaren Substrats.....	64
4. Zu niedriges Entgelt und Unentgeltlichkeit („verhinderte Vermögensmehrung“)	66
a) Rechtfertigung der Erfassung nicht erzielten Gewinns	66
b) Bewertungsmaßstab	68
5. Zusammenfassung	68
V. vGA- geeignete Körperschaften	69

1. Anwendungsbereich des § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG.....	69
2. Notwendigkeit einer mitgliedschaftliche Organisationsstruktur	70
a) Vereine, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, KGaA sowie VVAG.....	71
b) BgA	72
(1) Subjektive Körperschaftsteuerpflicht.....	73
(2) Mitgliedschaftliche Struktur.....	74
c) Stiftungen.....	75
3. Zusammenfassung	77
VI. Dogmatische Einordnung des § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG	77
1. Verhältnis von § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG zu § 1 AStG	79
2. Korrekturen von Genussrechten nach § 8 Abs. 3 Satz 2, 2. Alt. KStG... 80	
a) Der Begriff des Genussrechts	81
b) Handelsrechtliche Behandlung	82
c) Steuerrechtliche Behandlung	82
3. Einkünftekorrektur oder Gewinnkorrektur?	85
a) Der „Gewinn“-Begriff	86
(1) Ansicht der Rechtsprechung und h.M.	86
(2) Der „Steuerbilanzgewinn“ ist Gewinn i.S.v. § 4 Abs. 1 EStG	87
(3) Stellungnahme	88
b) Körperschaften erzielen auch andere Einkünfte	90
4. Ergebnis	91
VII. Vermeidung einer vGA durch „Kompensation“?	91
1. Zeitpunkt der Bilanzierung des Rückgewähranspruchs	93
2. Die „Einlagelösung“	94
3. Kritik an der Einlagelösung	96
a) Differenzierung nach der zugrunde liegenden Rechtsgrundlage?	97
b) Einlage oder „negative Einnahme“?	98
(1) Gesellschaftsrechtliche Veranlassung.....	99
(2) Mehrung des Vermögens	100
(3) Stellungnahme	101
c) Zusammenfassung.....	103
4. Steuer- bzw. Satzungsklauseln	103
a) Einordnung im Zivilrecht.....	106
b) Steuerrechtliche Wirkungen.....	107

5. Schlussfolgerungen.....	109
VIII. Zwischenfazit.....	110
C. DIE EINKOMMENSERMITTLUNG UND DER NICHT STEUERBARE BEREICH BEI KÖRPERSCHAFTEN	111
I. Der Einkünftebegriff bei Körperschaften	111
1. Das steuerpflichtige Einkommen nach dem EStG	113
a) Objektives Vorliegen von Einkünften	114
b) „Erzielen“ von Einkünften- Einkünfteerzielungsabsicht.....	115
2. Einkünfteerzielungsabsicht bei Körperschaften?	118
II. Existenz nicht steuerbarer Einkünfte bei Körperschaften.....	119
1. § 8 Abs. 2 KStG - Umqualifizierung der Einkünfte.....	120
a) Argumentation des BFH und der h.M.	120
b) Stellungnahme.....	122
(1) Historische Auslegung	122
(2) Systematische Auslegung.....	123
(a) Der Einkünftebegriff des § 8 Abs. 2 KStG.....	123
(b) Wertungswiderspruch zu § 2 Abs. 2 GewStG?	124
(c) Fehlen einer § 12 EStG entsprechenden Vorschrift	127
(d) Maßgeblichkeitsprinzip, § 5 Abs. 1 EStG i.V.m. § 8 Abs. 1 KStG ...	129
c) Teleologische Erwägungen – Ungereimtheiten bei der Überführung von Wirtschaftsgütern.....	131
(1) Hintergrund: Sicherung von Besteuerungssubstrat.....	131
(2) Entnahmen und Einlagen bei Körperschaften?.....	132
(3) Abgrenzung der anzuwendenden Vorschriften.....	135
d) Zusammenfassung.....	136
2. Folgen der Anerkennung einer außerbetrieblichen Sphäre bei Körperschaften	136
a) Besteuerung der Übertragungsvorgänge.....	136
b) Besteuerung der Körperschaft und des Anteilseigners nach der Überführung.....	140
3. Gesamtergebnis und Schlussfolgerungen	143

D. HANDELSBILANZIELLER ANSATZ DER vGA.....	145
I. Steuerliche und handelsrechtliche vGA	145
1. Gesellschaftsrechtlich unzulässige Vermögensauskehr	146
a) Kapitalerhaltungsgrundsatz im AktG	146
(1) Schranken für verdeckte Vermögensverlagerung.....	146
(2) Rechtsfolgen eines Verstoßes	148
b) Kapitalerhaltung und verdeckte Vermögensverlagerungen im GmbHG .	
.....	149
(1) Verstoß gegen wesentliche Zuständigkeitsvorschriften.....	151
(2) Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot und die Treuepflicht	
.....	152
(3) Heilungsmöglichkeit für Verstöße	153
(4) Rechtsfolgen.....	154
c) Zusammenfassung.....	155
2. Vergleich der verdeckten Vermögensverlagerung mit der vGA.....	156
3. Schlussfolgerungen.....	156
II. Darstellung im handelsrechtlichen Jahresabschluss.....	157
1. Verdeckte Vermögensverlagerungen als betriebliche Schuld oder	
Gewinnverwendung?.....	157
a) Ansicht der h.M.: Ausweis vGA-behafteter Posten als insgesamt	
betrieblich veranlasst	158
b) Ausweis in der Handelsbilanz als Ergebnisverwendung.....	159
(1) Zweck der handelsrechtlichen Gewinnermittlung	160
(2) Ausweis der Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage – „True and fair	
view“	161
(3) Vorsichtsprinzip und Gläubigerschutz.....	164
(4) Realisationsprinzip	167
(5) Prinzip der Vollständigkeit und Wahrheit	168
(6) Abschlussprüfung zwingt zum Ausweis als Ergebnisverwendung	
.....	169
(7) Neuerungen im Rahmen des „BilMoG“	169
c) Ergebnis	170
III. Schlussfolgerungen und weiterer Gang der Untersuchung.....	170

E. ANSATZ DER VGA IN DER STEUERBILANZ	173
I. Innerbilanzielle Berücksichtigung der vGA	173
1. Grundsatz: Übertragung des Handelsbilanzansatzes über § 5 Abs. 1 EStG in die Steuerbilanz	174
2. Einschränkungen des handelsrechtlichen Ansatzes durch steuerrechtliche Besonderheiten	174
a) Besondere Sachgesetzlichkeiten des Steuerrechts.....	175
b) Der steuerrechtliche Vorbehalt des § 5 Abs. 6 EStG.....	176
II. Die vGA in der Überschussermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG	177
1. Veranlassungsprinzip auch bei Überschussrechnung.....	178
2. Berücksichtigung der vGA im Rahmen der Überschussrechnung.....	179
III. Korrekte Bilanzierung in der Steuerbilanz.....	179
1. Bilanzierungsfragen im Rahmen der „Vermögensminderung“	180
a) Lieferungen und Leistungen gegen ein unangemessen hohes Entgelt.....	180
b) Körperschaft nutzt Dienste, Kapital oder Wirtschaftsgüter ihres Gesellschafters gegen ein unangemessen hohes Entgelt.....	182
2. Bilanzierungsfragen bei verhindertem Ertrag.....	183
a) Keine Sonderbehandlung der „verhinderten Vermögenmehrung“ notwendig	183
b) Unterverkauf der Körperschaft an den Gesellschafter	185
c) Körperschaft überlässt dem Gesellschafter unentgeltlich oder gegen ein unangemessen niedriges Entgelt Dienste, Kapital oder Wirtschaftsgüter ..	187
3. „Grundkontroverse“: Bilanzierungsfragen bei Passivierungsvorgängen ...	188
a) Ansatz der Rechtsprechung und h.M.: Steuerbilanz „richtig“	188
(1) Korrektur von Passivposten nach Ansicht der Rechtsprechung ...	189
(a) BFH v. 29.6.1994.....	189
(b) Konsequenzen.....	190
(c) Zusammenfassung	191
(2) Teilbetragsrechnung der Finanzverwaltung.....	191
(a) Hintergrund der Teilbetragsrechnung.....	192
(b) Umsetzung der Teilbetragsrechnung.....	192
(c) Sonderfall der Auflösung einer Rückstellung bei Wegfall der Verpflichtung.....	194

(3) Bestätigung der Vorgehensweise der Finanzverwaltung durch Urteil v. 21.8.2007	195
b) Steuerbilanz ist „falsch“	197
(1) Kritik und Konsequenzen der Ansicht der h.M.	198
(2) Korrekturen von vGA i.Z.m. § 6a EStG	200
(a) Vornahme der Korrektur nach Ansicht des BFH im Rahmen von § 6a EStG	200
(b) Kritik an der Vorgehensweise des BFH	201
4. Ergebnis: Unzulänglichkeit der Einkünfteermittlungskonzeption der Rechtsprechung	202
IV. Bilanzkorrekturen und vGA.....	203
1. Allgemeines	204
2. Voraussetzungen der Bilanzberichtigung nach § 4 Abs. 2 EStG	205
a) Objektive Fehlerhaftigkeit	205
b) Zusätzliche Voraussetzung: „Subjektiver Fehlerbegriff“?	206
c) Ergebnis	208
3. Umfang und Art der Berichtigung	208
a) Bilanzberichtigung auch bei Posten, die nur das Eigenkapital betreffen	208
b) Konsequenzen	210
4. Korrektur der vGA bei bestandskräftiger Veranlagung	211
a) Der formelle Bilanzzusammenhang	211
b) Kritik in der Literatur und Stellungnahme.....	212
c) Formeller Bilanzzusammenhang bei vGA behafteten Rechtsgeschäften.	213
5. Zusammenfassung	215
F. ERGEBNISSE DER ARBEIT	217
I. Konsequenzen der gefundenen Ergebnisse im Allgemeinen	217
II. Zusammenfassende Thesen- die Ergebnisse im Besonderen.....	217